



Mit der Philosophie am Ende?

An der Philosophischen Fakultät sollen in den nächsten zwei Jahren mehr als 1,4 Millionen Euro eingespart werden – Ein Überblick

Der Bund, das Land, die Uni – alle haben scheinbar kein Geld und darum muss gespart werden, so können wir es jeden Tag in der Zeitung lesen. Unserer Uni ist so ein Haushaltsdefizit von 6,8 Mio. Euro entstanden. Dieses soll nun „gerecht“ an die Fakultäten verteilt werden. Deshalb werden der Philosophischen Fakultät im kommenden Jahr 700 000 und im darauffolgenden Jahr 770 000 Euro gekürzt. Was ab 2009 passiert, ist noch offen, aber die Höhe der Kürzungen wird wohl eher steigen als fallen.

Bei einer oberflächlichen Betrachtung lassen

sich neben dem scheinbaren „Sparzwang“ der öffentlichen Kassen hauptsächlich zwei weitere Gründe für die Kürzungen ausmachen: Energiekosten und der Ausfallfonds für die geplanten Studiengebühren. Das Land will die Energiekosten nicht mehr übernehmen, weil Göttingen eine Stiftungsuni ist. Theoretisch heißt Stiftungsuni: mehr Autonomie und Handlungsfreiheit für die Hochschule. Praktisch bedeutet Stiftungsuni: Das Land entzieht sich mehr und mehr der Verantwortung für die Hochschulbildung. Es kürzt Gelder ohne darauf achten zu müssen, ob das überhaupt vertretbar ist, denn die Uni darf

nun selbst überlegen, welche Finger, Arme oder Beine sie sich zuerst amputieren, sprich: kürzen, will. Andersrum gesagt: Wir sind Stiftungsuni, aber weil niemand etwas hat, müssen wir nun selbst für uns stiften.



Philosophie im Sturzflug

Der Ausfallfonds bringt uns auf ein weiteres Feld der aktuellen Hochschulpolitik: Studiengebühren. Viele werden ihre Gebühren über einen Kredit finanzieren müssen. Wer nach dem Studium unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze liegt, muss den Kredit nicht sofort oder gar nicht zurückzahlen. Dies bedeutet natürlich ein Risiko für die Kreditgebenden, die sich nicht sicher sein können, ihr Geld auch wieder zurückzubekommen. Deshalb wurde ein Ausfallfonds eingerichtet, der in solchen Fällen einspringt und die Schulden begleicht. Das Geld für diesen Ausfallfonds soll die Uni selber aufbringen, sprich die Fakultäten. Weil aber die Studiengebühren selber nur für die unmittelbare Verbesserung der Lehre eingesetzt werden, muss das Geld für den Ausfallfonds woanders hergenommen werden. Die Banken lachen sich also letztendlich ins Fäustchen, weil sie mit den Krediten auf unsere Kosten risikolose Gewinne einfahren können.

@ Ausgabe Nr. 22 - Juli 2006

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Der Raubbau an Bildung setzt sich fort. Nachdem letztes Jahr die Sozialwissenschaftliche Fakultät „optimiert“ wurde, sind jetzt die Geisteswissenschaften an der Reihe. Von Protest ist kaum noch etwas zu sehen, die meisten scheinen sich an die Hiobsbotschaften gewöhnt zu haben. Fragt sich nur, welche Fakultät als nächste in den Genuss kommt, tauglich für den Wettkampf in einer globalisierten Bildungswelt gemacht zu werden...

Wir wollen Euch mit dieser Grünphase auf den Stand der Dinge bringen und zeigen, dass Protest tatsächlich auch etwas bewegen kann. Trotz allem schöne Semesterferien und bis bald.

Eure GHG

Impressum:

GrünPhase - Die Alternative ist die Zeitung der Grünen Hochschulgruppe Göttingen, Goßlerstraße 16a, 37073 Göttingen. V.i.S.d.P.: D. Arnold.

www.ghg-goettingen.de
e-mail: info@ghg-goettingen.de

Es gibt mehrere Modelle, wie die Kürzungen an der Philosophischen Fakultät finanziert werden sollen. In dem Vorschlag, den der Fakultätsrat am 5. Juli beschlossen hat, macht das Kürzen der Hilfskraftmittel für die Forschung zwar nur einen recht geringen Teil aus, aber gerade hier werden die betroffenen Studierenden die Kürzungen unmittelbar zu spüren bekommen. Viele Hiwis werden ihren Job verlieren oder zu deutlich schlechteren Bedingungen weiterbeschäftigt. Auch Sekretariatsstellen werden zusammengelegt.

Mit der Konsequenz, dass die wenigen Sekretärinnen, die ihre Stelle behalten dürfen, deutlich mehr Arbeit und somit weniger Zeit für studentische Anliegen haben werden.

Wie sich diese Kürzungspläne auf die Qualität der Lehre auswirken werden, ist abzusehen: Da die Dozierenden Sekretariatsaufgaben selbst übernehmen und für Forschungsvorhaben mit weniger Hiwis auskommen müssen, bleibt für die Betreuung von Studierenden kaum noch Zeit übrig. Der größte Teil der Einsparungen soll aber durch den Abbau von Fakultätsrücklagen finanziert werden. Das ist keine langfristige Lösung, weil das Geld eigentlich für andere Zwecke eingeplant ist und früher oder später aufgebraucht sein wird.

Soweit die vordergründige Betrachtungsweise. Bei einem näheren und kritischeren Blick auf den Gegenstand kann mensch allerdings auch zu dem Schluss kommen,

dass grundsätzlich was schief laufen muss, wenn steigende Energiepreise gleich zu dermaßen umfassenden Kürzungen führen. Anstatt über selbstgemachte „Sachzwänge“ zu lamentieren und diese zu verwalten, sollte sich die Politik lieber darüber Gedanken machen, wie sie sich daraus befreien kann. **Sparzwänge sind nicht objektiv gegeben, sondern Resultat einer Politik, die darauf verzichtet, den Reichtum der Gesellschaft gerecht zu verteilen.** Die wahren Gründe für die derzeitigen Kürzungen – übrigens nicht nur im Bildungs-, sondern auch im Sozial- und Kulturbereich – sind letztlich also nicht in steigenden Heizkosten oder irgendwelchen Ausfallfonds zu suchen, sondern lassen sich auf eine grundlegend falsche Politik zurückführen. Wirkungsvoller Protest darf sich folglich nicht darauf beschränken, lediglich vordergründige Ursachen zu bekämpfen, sondern muss umfassender ansetzen.

Lasst euch nichts gefallen!

Wenn eine ganze Fakultät mit Profs, Dozierenden und Studierenden von Kürzungen bedroht ist, dann dürfte man erwarten, dass sich auch eine ganze Fakultät dagegen wehrt. Was passiert also in Göttingen? Nun, der AStA will nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen, die Fakultät überlegt, wo sie die Kürzungen am Besten unterbringen kann und der gewöhnliche Studi freut sich auf die Semesterferien. Es tut also keiner was dagegen? Doch, einige Studierende wehren sich. Innerhalb von einer Woche gab es zwei Demonstrationen gegen Kürzungen und Studiengebühren und einen Aktionstag, an dem sich jeder und jede beteiligen oder einfach nur informieren konnte. Na dann, könnte mensch nun sagen, ist doch alles bestens. Was aber kann eine Hand voll Studierender erreichen, wenn sie nicht auf die Unterstützung der

Fakultät stößt, wenn sich andere Studierende von den Flyern, die mensch ihnen überall andrehen will, nur genervt fühlen, wenn die gewählten Studierendenvertreter keine Notwendigkeit sehen zu handeln?

Wer nicht an einen Erfolg Flagge nach bekannt werden der Pläne trat die ganze Führungsriege der VWL-Fakultät zurück. Der Senat legte sich quer. Und welches Wunder: Nachdem die Universitätsleitung die Rote Karte gezeigt bekommen hatte, vertritt sie jetzt den von den Gremien beschlossenen Ausbau der Fakultät mit neuem inhaltlichem Profil. Es geht also doch: Wenn Uni-Gremien, Fakultätsleitungen und Studierende vereinhandeln, kann die Universitätsleitung in die Schranken verwiesen werden. Wie es funktioniert hat das Heidelberger Beispiel gezeigt.

Alles in Ordnung oder Zeit, was zu verändern?

Treffen der GHG jeden Montag,
20 Uhr c.t. im AStA-Sitzungssaal,
1. Stock, Goßlerstraße 16a
Infos: 5042237 (Daniel)
info@ghg-goettingen.de



Grüne Hochschulgruppe Göttingen (GHG)

GHG-Erfolg im StuPa!

Recyclingpapier ist nicht nur umweltverträglicher, sondern auch günstiger als Frischfaserpapier. Deswegen brachte die GHG in der letzten Sitzung des Studierendenparlamentes einen entsprechenden Antrag ein, der sich für die Verwedung von Recyclingpapier an der gesamten Uni ausspricht. Unsere guten Argumente überzeugten alle Studierendenvertreter, so dass unser Antrag einstimmig angenommen wurde. Ausführlichere Informationen zum Recyclingpapier auch in der nächsten Grünphase!

+++

Neue Vizepräsidentin gewählt

Frau Prof. Dr. Brigitte Groneberg wurde vom Senat zur Vizepräsidentin für den Bereich Studium und Lehre gewählt. Sie ist in der Hochschulpolitik noch relativ unerfahren und tritt die Nachfolge von Prof. Dr. Kree an.

+++

Abgezockt und ungerecht!

Urlaubs- und Gremiensemester sollen nach der Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes auf die Semesterzahl angerechnet werden. Das bedeutet, dass viele nun Langzeitstudiengebühren bezahlen müssen, obwohl sie gar nicht so lange regulär studiert haben. Die größte Ungerechtigkeit: Die ganze Regelung tritt rückwirkend in Kraft, gilt also nicht nur für künftige Urlaubssemester, sondern auch schon für vergangene. Bleibt noch hinzuzufügen, dass der AStA keinen Handlungsbedarf sieht.

+++

Sonnenblumen zu gewinnen!

Jutetasche, Pulli stricken, Roggenmehlkexen essen... Welche weiteren grünen Klischees fallen euch ein? Für die ersten drei E-Mail-Zuschriften gibts eine Sonnenblume zu gewinnen. (info@ghg-goettingen.de)